

Prosit auf Weiteres

„Geschichte wird gemacht...“ – dieser Song aus der Neuen Deutschen Welle ging mir diese Tage durch den Kopf.

Vor vier Monaten fieberte ich vor dem Fernseher mit den Genossinnen und Genossen unseres NRW-Landesverbandes um ein ordentliches Wahlergebnis. Plötzlich war mir so, als habe der Kanzler gerade etwas von Neuwahlen gesagt.

Er hatte wirklich. Wir nahmen sein Angebot einer Volksabstimmung über die Agenda 2010, über Hartz IV und Praxisgebühr gern an.

Von da ab ging es Schlag auf Schlag. Schnell galt es Verabredungen mit der WASG zu treffen, Kandidaten zu küren und eine Kampagne zu führen, die mit dem gestärkten Einzug in den Bundestag gekrönt werden sollte.

Heute, nach intensiver Arbeit, mit hinreichend Stress, aber auch vielen schönen Momenten können wir sagen: Es ist geschafft. Die Linkspartei.PDS wurde mit 8,7 Prozent der Zweitstimmen viertstärkste Fraktion. Wir haben in Berlin drei Direktmandate errungen und als Partei das beste Bundestagswahlergebnis seit 1990 vorzuweisen. Dafür danke ich allen Genossinnen und Genossen, überhaupt allen Mitstreitern, recht herzlich. Es ist unser gemeinsamer Erfolg.

Wir haben kurz innegehalten, ein paar Bier getrunken oder gar Sekt. Doch nun geht es weiter. Wir wollen zügig die neue Linkspartei formieren. Und die Berliner Wahlen 2006 nahen schneller, als man denkt. Wenn wir uns von der Begeisterung unseres Wahlkampfes tragen lassen, wird uns auch das gelingen.

Der Song geht übrigens weiter mit den Worten: „Es geht voran!“

■ Carsten Schatz,
Landeswahlkampfleiter



Foto: Burkhardt Lange, ND

23. September 2005 „Heute ist ein großartiger Tag für die Linke in der Bundesrepublik Deutschland! Wir konstituieren die Fraktion der Linken, die im 16. Deutschen Bundestag wirken wird. 54 Abgeordnete gehören der Fraktion an. Ich gratuliere allen Gewählten recht herzlich!“ (Lothar Bisky)

Neue Linkspartei – also jetzt

Die Bundestagswahl brachte einen Vertrauensvorschuss. Gewiss, das ist immer so, jedenfalls für Wahlgewinner. Aber diesmal ging es noch um mehr. Viele haben nämlich eine Partei gewählt, die es so noch gar nicht gibt: Die neue Linkspartei. Im Sommer sind wir einen guten Schritt vorangekommen. PDS und WASG haben nicht gegeneinander kandidiert, sondern einen kooperativen Wahlkampf für die offene Liste der Linkspartei.PDS geführt. Hinzu kamen parteilose Linke, die unsere gestärkte Bundestagsfraktion bereichern.

Nun aber gilt es wirklich zusammenzuführen, was zusammengehört. Doch Moment – trifft diese Anleihe aus einem Zitat Willi Brandts wirklich zu? Die WASG hat sich bundesweit in Opposition zur rot-grünen Politik, insbesondere gegen die Agenda 2010 mit Hartz IV und vielem mehr gegründet. In Berlin verlief die Geschichte wieder einmal anders. Hier versuchte sich die WASG nämlich ausdrücklich gegen die rot-rote Landespolitik, insbesondere gegen die PDS zu profilieren. Das schuf Ärger und Verdross, auf beiden Seiten. „Manch böses Wort ist gefallen. Und vieles war auch so gemeint!“, heißt es dazu in einem Papier von Landesvorstandsmitgliedern der Linkspartei.PDS, das auch auf unserer Klausur am 9. Oktober eine wichtige Rolle spielen wird.

Gleichwohl fragen wir nicht mehr, ob eine neue Linkspartei sinnvoll ist. Wir diskutieren

darüber, wie wir sie hinbekommen, auch in der Hauptstadt. Dafür gibt es auch weitsichtige Partnerinnen und Partner in der Berliner WASG.

Ich plädiere für eine zügige Bildung dieser neuen Linkspartei. Denn wir wären dumm, wenn wir den Schwung aus dem erfolgreichen Wahlkampf selber abbremsen würden. Aber natürlich muss sie auch inhaltlich auf guten, linken Fundamenten stehen. Dazu gehört auch: Wir müssen Vorurteile abbauen und Legenden ausräumen. Etwa den wiederholten Vorwurf, die Berliner Linkspartei.PDS würde eine neoliberale Politik betreiben. Er ist schlicht falsch. Schon im August hatten wir der WASG deshalb Expertengespräche, zum Beispiel zur Berliner Haushalts- oder zur Bildungspolitik angeboten. Unser Vorschlag wurde dankend angenommen. „Aber bitte erst nach der Wahl“, hieß es damals. „Also jetzt“, wiederhole ich nun.

Wer den Erfolg will – und ich will ihn –, darf natürlich keinen überfordern. Deshalb ist der Prozess auch so angelegt, dass niemand ausgeschlossen wird. Im Gegenteil. Das letzte Wort haben die Mitglieder beider Parteien bei einer Urabstimmung. Von nun an gilt: Wir alle stehen im Wort und müssen den Vorschuss an Vertrauen gemeinsam einlösen.

■ Stefan Liebich,
Vorsitzender der Linkspartei.PDS Berlin

Thema:

Beitragsfreies Kitajahr

Bildungspolitische Notwendigkeit oder kostspieliger Luxus?

Nachbarschaftstonne kommt und spart

Ab Januar 2006 können sich benachbarte Grundstückseigner eine 60- oder 120-Liter-Mülltonne teilen, um Gebühren zu sparen. Damit greift die BSR eine Anregung von Linkspartei.PDS-Wirtschaftssenator Harald Wolf auf. Wolf zufolge lassen sich transparente Kalkulation und umweltgerechte Müllentsorgung verbinden. Anlass für die Neuregelung waren die seit Anfang 2005 geltenden Tarifen der BSR für die Hausmüllentsorgung, in deren Folge die Gebühren für die Abfuhr der kleinsten Tonne stärker anstiegen als bei größeren Tonnen.

Palast: Abriss weiter verschoben

Die Linkspartei.PDS Fraktion im Abgeordnetenhaus hat sich für ein Moratorium des geplanten Palastabbrisses ausgesprochen. Angesichts der neuen Machbarkeitsstudie zur Errichtung des Humboldtforums im Gewand des alten Stadtschlusses seien vorhandene Zweifel eher verstärkt als beseitigt worden. Die Berlinerinnen und Berliner hätten ein Recht darauf zu erfahren, was angesichts bestehender Pläne auf das Haushaltsnotlageland zukommen könne. Auch alternative Lösungen seien zu prüfen.

Charité und Vivantes kooperieren

Die beiden landeseigenen Unternehmen Charité und Vivantes haben sich auf eine enge Kooperation verständigt. Unternehmensleitungen und die zuständigen Senatoren der Linkspartei.PDS Thomas Flierl und Heidi Knake-Werner verständigten sich u.a. darauf, dass Berliner Medizinstudenten künftig ihre ärztliche Ausbildung im Praktischen Jahr an einer Berliner Vivantes-Klinik absolvieren können. Charité-Vorstand und Vivantes-Geschäftsführung vereinbarten die Ausarbeitung gemeinsamer, einheitlicher Behandlungsstrategien, die Grundlage einer institutionellen Zusammenarbeit sein sollen.

„Was Hänchen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr.“ - Wissenschaftliche Erkenntnisse belegen, was der Volksmund längst weiß: In keinem anderen Lebensalter ist das kindliche Hirn so aufnahmefähig wie in der frühen Kindheit. Deshalb hat der rot-rote Senat bereits einige wichtige bildungspolitische Entscheidungen getroffen. Nach dem neuen Schulgesetz gehen Berliner Kinder bereits ab 5 1/2 Jahren in die Schule. Das neue Kita-Bildungsprogramm und Maßnahmen zur Sprachförderung sorgen für eine bessere Vorbereitung auf die Schule.

Das sind Entscheidungen, die vor allem auch der Tatsache Rechnung tragen, dass sich die Bedingungen des Aufwachsens von Kindern verändert haben. Viele Kinder werden heute als Einzelkinder, in Ein-Eltern-Familien, als Kinder von Migranten und leider auch zunehmend unter Armutsverhältnissen groß. Zur Zeit sind mehr als 47.000 Kinder unter 7 Jahren in Berlin arm. Diese Verhältnisse prägen ihre Entwicklung. Die Linkspartei.PDS will, dass auch diese Kinder frühzeitig gleiche Chancen für eine gute Vorbereitung auf die Schule erhalten. Die Forderung nach einem Zugang zu vorschulischer Bildung unabhängig vom Geldbeutel der Eltern ist für uns folgerichtig und konsequent und übrigens auch im Bundestags-Wahlprogramm der Partei nachlesbar. In diesem Sinne unterstützen wir jeden Schritt zur Beitragsfreiheit für den Kita-Besuch.

In Berlin ergibt sich außerdem die Notwendigkeit, eine Ungerechtigkeit im bestehenden Beitragssystem (eine Hinterlassenschaft der CDU-SPD-Koalition) zu beseitigen. Bisher zahlen Eltern im Jahr vor der Einschulung nur für einen Halbtagsplatz, auch wenn sie einen Ganztagsplatz nutzen. Für einen Halbtagsplatz müssen aber alle zahlen. Das führt dazu, dass Halbtagskinder von Arbeitslosen das Gleiche zahlen wie Ganztagskinder verdienender Eltern. Mit der Abschaffung der Vorklassen, die insbesondere auch von Kindern mit Migrationshintergrund genutzt wurden, steht nunmehr kein alternatives beitragsfreies Angebot mehr zur Verfügung. Hier sieht die Linkspartei.PDS dringenden sozialen Handlungsbedarf.

Bisher fehlten uns die politischen Mehrheiten, etwas zu verändern. Nun scheinen sie gegeben zu sein. Doch da ist auch die berechtigte Frage, wie das zu finanzieren ist. Es geht immerhin um ca. 10 Mio Euro - kein Pappenstiel für ein Land, das wegen seiner Haushaltsnotlage vor dem Bundesverfassungsgericht klagt. Für die Linkspartei.PDS hat das politische Vorhaben, die Beitragsfreiheit im Kita-Jahr vor der Einschulung zu ermöglichen, Priorität. Es wird darauf ankommen, in den gegenwärtigen Haushaltsberatungen finanzielle Lösungen dafür zu suchen. Wohl wissend, dass jeder Euro nur einmal ausgegeben werden kann.

■ Margrit Barth
kinder- und jugendpolitische Sprecherin der
Linkspartei.PDS Fraktion



Vor dem Roten Rathaus protestierte die Belegschaft von „Samsung“ gegen die drohende Schließung ihres Werkes. Wirtschaftssenator Harald Wolf sagte ihnen die Unterstützung der Landesregierung zu.



Foto: Axel Hildebrandt

Für den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan demonstrierten am 28. 09. 2005 Mitglieder der neuen Linksfraktion vor dem Bundestag

Linksfraktion: bunt wie nie

Am 23. September, also fünf Tage nach der Wahl, hat sich die neue Linksfraktion im Bundestag konstituiert. Erwartungsgemäß wurden Gregor Gysi und Oskar Lafontaine als gleichberechtigte Vorsitzende gewählt. Alle weiteren Aufgaben und Funktionen sollen auf einer Klausur am 30. September und 1. Oktober verteilt bzw. nominiert werden. Obwohl die Fraktion noch gar nicht amtlich fundiert war – das geschieht erst nach der Dresdener Nachwahl am 2. Oktober –, drängt die neue Linke aufs Tempo. Schnell wolle man arbeitsfähig werden, hieß es, um sich der brennenden politischen Themen annehmen zu können. Das ist leichter gesagt, als getan. Denn noch ist der 15. Deutsche Bundestag im Amt und folglich fehlt es den Neuen auch an grundlegenden Arbeitsbedingungen. Aber Zeichen wurden schon gesetzt. Als am 28. September der alte Bundestag erneut das Afghanistan-Mandat der Bundeswehr verlängerte, aufstockte und erweiterte, sprachen im Bundestag Gesine Lötzsch und Petra Pau dagegen. Und im selben Sinne demonstrierten ihre künftigen Kolleginnen und Kollegen vor dem Reichstag. „Die Freiheit wird nicht am Hindukusch verteidigt. Die Linke im Bundestag fordert: Bundeswehr abziehen!“, stand auf dem Transparent.

Die neue Linksfraktion ist übrigens bunter denn je. Zu den 54 Abgeordneten gehören 26

Frauen und 28 Männer. Diese Unterquotierung gilt manchen als Makel. 24 MdBs (Mitglieder des Bundestages) wurden in den alten Bundesländern gewählt. Geborene „Wessis“ sind sogar 32. Auch das ist ein Novum in der 15-jährigen Parlamentsgeschichte der Linkspartei.PDS. Die stärkste Ländergruppe innerhalb der Linksfraktion stellt Sachsen mit acht MdBs, gefolgt von Nordrhein-Westfalen mit sieben Abgeordneten. Ein besonders starkes Mandat haben drei Fraktionäre, nämlich die Berliner Gesine Lötzsch, Petra Pau und Gregor Gysi. Sie gewannen ihre Wahlkreise direkt, da sie jeweils die meisten Erststimmen auf sich vereinen konnten.

„Wir können es auch einstimmig!“ Das bewiesen die 54 MdBs jedenfalls, als es um den Namen ihrer Fraktion ging. Ohne viel Federlesen einigten sie sich auf „Die Linke“. Das sei „schön und anmaßend“, meinte Gregor Gysi hernach. Schön, weil „Die Linke“ ein Fingerzeig auf die neue Partei wäre, die im Werden ist. Und anmaßend, weil das Markenzeichen daher nur einer Fraktion anhafte, nämlich seiner. Und Oskar Lafontaine räumte gleich noch mit einer Ente auf: „Wir wollen regieren, jeder richtige Linke will regieren. Wir haben nur noch keine Partner für linke Politik.“ Das sei zur Zeit das Problem.

■ Rainer Brandt

Gregor Gysi:

„Wenn wir die Vereinigung von WASG und Linkspartei nicht hinkommen, dann brauchen wir auf eine neue Fraktion bei der nächsten Bundestagswahl nicht zu hoffen.“

Gesine Lötzsch:

„Der Osten hat uns mit hohen Erwartungen gewählt, wir müssen auch im Osten neue Mitglieder gewinnen.“

Petra Pau:

„Mehr Demokratie und Bürgerrechte gehören auf die Tagesordnung einer modernen linken Fraktion im Bundestag. Wie wir an Hartz IV sehen, ist Datenschutz derzeit eine Veranstaltung für die Schönen und Reichen.“

Die Linke
im Bundestag:

➔ www.linksfraktion.de

Wahlkreisbüro Dr. Gesine Lötzsch

2. Obergeschoss
Ahrenshooper Str. 5
13051 Berlin
Tel (0 30) 99 27 07 25
Fax (0 30) 99 27 07 26
wahlkreis@gesine-loetzsch.de
www.gesine-loetzsch.de
Bürgersprechstunde:
11. 10. 2005, 17 bis 18 Uhr

Wahlkreisbüro Petra Pau

Henny-Porten-Str. 10–12
12627 Berlin
Tel. (0 30) 99 28 93 80
Fax (0 30) 99 28 93 81
petra.pau@wk.bundestag.de
www.petra-pau.de
Bürgersprechstunde:
19. 10. 2005, 10 bis 12 Uhr

Termine:

9. Oktober

Der lange Schatten des Potsdamer Abkommens

Eine Diskussion zum Thema „Flucht und Vertreibung“ aus linker Sicht
Mit Prof. Dr. Micha Brumlik, Direktor des Fritz-Bauer-Instituts Frankfurt am Main, und Dr. Jörn Schütrumpf, Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin
19 Uhr, Schwartz'sche Villa, Grunewaldstr. 55, 12165 Berlin-Steglitz

10. Oktober

Die neue Linkspartei in Deutschland

Zum Selbstverständnis der künftigen Linkspartei – zwei Publikationen:
„Überholt wird links. Was kann, was soll die Linkspartei (Hrsg. Ulrich Maurer und Hans Modrow) und „Die Linkspartei. Ursprünge, Ziele, Erwartungen“ (Hrsg. Michael Brie)
Diskussion mit Ulrich Maurer, Hans Modrow, Prof. Dr. Dieter Klein, Prof. Dr. Christa Luft (Moderation)
Gemeinsame Veranstaltung des „Helle Panke e.V.“ mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS)
18 Uhr, RLS, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

20. Oktober

Berliner Kulturpolitik nach der Bundestagswahl

Mit Thomas Flierl, Kultursenator von Berlin
Moderation: Prof. Dr. Dietrich Mühlberg, Nikolas Trosse
Gemeinsame Veranstaltung von „Helle Panke e.V.“ und Kulturinitiative '89
19.30 Uhr, Turm, Frankfurter Tor 9 (U-Bhf. Frankfurter Tor)

24. Oktober

Lockruf von Rechts – und das Echo !?

Kiezforum gegen Rechts mit Christina Emmrich, Bezirksbürgermeisterin von Lichtenberg, Steffi Schulze (MdB) u.a.
18 Uhr, Soziokulturelles Zentrum Alt-Lichtenberg, Hagenstr. 67, 10365 Berlin

26. Oktober

Potenziale linker Programmatik oder: Gesellschaft sucht Partei

Mit Prof. Dr. Michael Brie, Detlef Hensche, und Dr. Gero Neugebauer
Gemeinsame Veranstaltung von „Helle Panke e.V.“ und Rosa-Luxemburg-Stiftung
19 Uhr, RLS, Konferenzraum, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Impressum:

Die Linkspartei.PDS
Landesvorstand Berlin
Karl-Liebknecht-Haus
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Tel. 24 00 93 01, Fax: 24 00 92 60
E-Mail: lv@pds-berlin.de
V. i. S. d. P.: Annegret Gabelin
Titel & Gestaltung: WARENFORM
Druck: Druckerei Bunter Hund
Redaktionsschluss: 29.09.2005

Kalenderblatt:

23. Oktober 1955

Volksabstimmung über das Saarstatut

Nach dem Ende des 2. Weltkriegs, konkret am 10. Juli 1945, übernahm Frankreich das Saargebiet als Besatzungszone. Der französische Franc wurde als Währung eingeführt und die Grenzen zum übrigen Deutschland wurden geschlossen. Das blieb so bis 1957. Dazwischen lag eine wechselvolle Geschichte.

Schon 1950 begann der ungelöste Status des Saargebietes die westeuropäische und die atlantische Zusammenarbeit zu behindern. Der damalige französische Außenminister, Robert Schumann, brachte deshalb 1952 eine „Europäisierung der Saar“ ins Gespräch. Dieser Vorstoß führte zu einem Saar-Statut, das 1954 zwischen Deutschland und Frankreich ausgehandelt wurde. Es stand im Kontext zu den Pariser Verträgen, einem Vorläufer der heutigen Europäischen Union. Über das Saar-Statut gab es vor 50 Jahren, exakt am 23. Oktober 1955 eine Volksabstimmung. 67,7 Prozent der saarländischen Bevölkerung stimmten damals mit Nein.

Zu den Parteien, die damals gegen das Saar-Statut waren, gehörte auch die KPD. Sie führte zwei Hauptargumente ins Feld. Zum einen lehnte sie die Pariser Verträge ab. Und zwar in der Hoffnung, so den NATO-Beitritt der Bundesrepublik Deutschland verhindern zu können. Außerdem verbot es

sich aus Sicht der KPD, die BRD mit Deutschland gleichzusetzen, denn die Westrepublik war nur ein Teil Deutschlands, noch dazu jener, wo die Auflagen aus dem Potsdamer Abkommen unterlaufen wurden.

Später, mit dem Wirtschaftsaufschwung in der BRD, kippte auch die allgemeine Stimmung pro Saar-Statut, zumal Frankreich soziale Forderungen der Saarländer brüsk zurück wies und sogar Streiks mit Knüppeln und Tränengas niederschlug. So kam es 1956 dann zum Luxemburger Vertrag. Mit ihm wurde der Beitritt des Saarlandes zur BRD gemäß Artikel 23 GG zum 1. Januar 1957 beschlossen.

Ab Juli 1959 war dann das Saarland auch wirtschaftlich eingebunden und die DM eingeführt. Trotz dieser Übergangsfrist kam es zum Sozialabbau und zahlreiche saarländische Unternehmen wurden in den Konkurs konkurriert. Und noch heute liegen viele Löhne an der Saar noch immer unter dem Bundesschnitt.

■ Thomas Dorner, Landesgeschäftsführer Die Linke.Saar

(Unter Verwendung des Textes eines Vortrages von Luitwin Bies sowie der Landesgeschichte auf www.saarland.de)

Service

Danke!

Allen, die für uns gekämpft haben, und allen, die uns gewählt haben.

Gesine Löttsch, Petra Pau, Gregor Gysi, Stefan Liebich

Für eine neue soziale Idee!

DIE LINKE.PDS
Landesverband Berlin